

Rede zu Top 12 am Donnerstag, 30.01.2013 (ca. 17.15 Uhr)

Antrag der FDP

„Der Bund darf sich nicht auf Kosten der Kommunen bereichern – Abschöpfungseffekte bei der Eingliederungshilfe stoppen!“ – Drs. 16/4818

Nachdem wir gerade insbesondere die Verantwortung des Landes für die Kommunalfinanzen im Rahmen der Konnexität einforderten, geht es nun um die Verantwortung des Bundes für die Kommunen.

Ich glaube, man kann es sagen, die Bundesregierung kommt ihrer Verantwortung nach: Zum 1. Januar greift die letzte Stufe der Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter durch den Bund, übrigens: die größte Kommunalentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Der Bund hat die Kosten seit 2011 schrittweise übernommen und die Kommunen damit jedes Jahr stärker entlastet. Für das Jahr 2014 stehen den Städten und Gemeinden damit nochmals rund 1,1 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung.

Absolut notwendig und zu begrüßen ist außerdem, dass die Beteiligung des Bundes an der Eingliederungshilfe kommen soll – und zwar in Höhe von 5 Milliarden Euro, macht für NRW eine Entlastung von mehr als 1 Mrd. Euro! Dass es dabei um ein komplexes Thema mit vielen Beteiligten mit unterschiedlichen Interessen geht ist uns allen bewusst. Dass ein solcher komplexer Vorgang, wie ein Bundesleistungsgesetz, nicht von heute auf morgen zu schaffen ist, ist jedem Praktiker auch klar.

Die Entlastung der Kommunen um jährlich 5 Mrd Euro und die Vorab-Entlastung um 1 Mrd. Euro vor Inkrafttreten eines neuen Bundesleistungsgesetzes stehen im Koalitionsvertrag als „prioritäre Maßnahmen“ und somit nicht unter Finanzierungsvorbehalt. Dies ist ein starkes und deutliches Signal an die Kommunen – und an die Verantwortlichen im Bund. Wir erwarten daher, dass die zugesagten zusätzlichen Milliarden auch entsprechend eingeplant werden werden.

Diese Mamut-Entlastungen nach Vorjahren, die durch Übertragung von Aufgaben und Lasten auf die Kommunen – Stichwort Hartz-4-Regelungen- geprägt waren, zeigen doch eines:

CDU-geführte Bundesregierungen sorgen wirklich für eine Entlastung der Kommunen, und zwar egal mit wem regiert wird!

All das ist auch an dem FDP-Antrag vom Ziel her unterstützenswert. Was aber zu kurz kommt bei aller Freude über die Bundesentlastungen – die Länder tragen die Verantwortung für Ihre Kommunen! Und dieser Verantwortung muss diese Landesregierung auch nachkommen.

- Was tun sie (LR/RegtragFraktio) denn für die 27 Nothaushaltskommunen und 87 HSK-Kommunen, die nicht im Stärkungspakt sind?
- Was tun Sie denn, um die Kommunen vor neuen Aufgaben zu schützen?
- Was unternehmen Sie gegen den Sanierungsstau und die aktuelle Investitionsschwäche der Kommunen?
- Was tun Sie bei den Stärkungspaktempfängerkommunen, um deren Umlageverbände besser in die Haushaltssicherung der Stärkungspaktempfänger einzubinden?
- Wie kann die Kommunalaufsicht optimiert werden?

Aber zurück zur Eingliederungshilfe. Dass eine Entlastung kommen wird und angesichts von 4 Mrd. Euro pro Jahr in NRW auch dringend notwendig, ist unstrittig.

Dass die Landesregierung der genannten Studie zu den Quertransfers nachgehen muss und dem Landtag darüber berichten muss ist auch klar für uns. Alles weitere kann im Fachausschuss besprochen werden.